

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 409

Einwohnerratssitzung vom Montag, 26. September 2011, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	31/32 Personen des Einwohnerrates 7 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Daniela Berger, Patrick Freund (ab 19.45 Uhr anwesend), Martina Häring, Karin Hess, Dominik Holenstein, Roland Kuny, Benedikt Schmidt, Erich Schwob, Albert Willi. Gemeinderat: -
Vorsitz	Philippe Doppler, Präsident
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Martin Suter

Geschäftsverzeichnis

1.	Teilrevision des Reglements für die Hundehaltung (Hundereglement) - 2. Lesung	2736
2.	Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Roger Schneider, betreffend "Sicheres Überqueren der Oberemattstrasse für Kindergarten-Kinder"	2739
3.	Rückzug der Gemeindeinitiative vom 9.1.1992: Kantonsbeiträge an Sekundarschulhäuser	2743
4.	Beantwortung des Postulats der SVP-Fraktion, Erich Weisskopf, betreffend "Offene Überdachung bei Abdankungskapelle verbessern"	2670
5.	Bericht der Bau- und Planungskommission zum Geschäft "Teilrevision Zonenplan Landschaft mit Zonenreglement Mutationen Nr. 2 - 9" - 1. Lesung	2650
6.	Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Gert Ruder, betr. „Langsamverkehr“	2591
7.	Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend "Velo-station beim Bahnhof Pratteln"	2636
8.	Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller-Gachnang, betreffend "Rollstuhlgängig"	2746
9.	Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller-Gachnang, betreffend "Flugzug-Halt in Pratteln"	2747

- | | |
|---|------|
| 10. Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Planschbecken im Jörinpark" | 2748 |
| 11. Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2010 - 2011 | 2751 |
| 12. Fragestunde (nach der Pause) | |

Begrüssung durch Philippe Doppler, Präsident:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüsse sie zur 409. Sitzung des Prattler Einwohnerrates am heutigen 26. September 2011. Ebenfalls begrüssen möchte ich die Vertreter der Presse sowie auch die Zuhörerinnen und Zuhörer im Publikumsbereich. Speziell begrüssen möchte ich heute Bernhard Stöcklin. Wie sie der Presse bereits entnehmen konnten, hat der Gemeinderat mit Bernhard Stöcklin einen neuen Gemeindeverwalter gefunden, wobei „gefunden“ der falsche Ausdruck ist, weil Bernhard Stöcklin schon seit einigen Jahren als Abteilungseiter Finanzen auf der Gemeindeverwaltung tätig ist. Er kennt die Gemeinde, die Verwaltung und ihre Strukturen bestens. Als Mitglied der RPK konnte ich mit Bernhard Stöcklin zusammenarbeiten. Die Zusammenarbeit war stets hervorragend und daher freut mich umso sehr, im Namen des Einwohnerrates Dir, Bernhard, recht herzlich zu gratulieren und spannende Aufgaben und viel Erfolg zu wünschen. Wie sie sehen, hat Stefan Löw den Posten als Stimmenzähler als Ersatz für Martina Häring übernommen. Martina Häring ist für die heutige Sitzung entschuldigt. Sie sehen auch, dass der Platz des 2. Vizepräsidenten heute krankheitsbedingt leer bleibt.

Präsenz:

Entschuldigt sind vom Einwohnerrat Daniela Berger, Patrick Freund, Martina Häring, Karin Hess, Dominik Holenstein, Roland Kuny, Benedikt Schmidt, Erich Schwob und Albert Willi. Es sind 31 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 16, das 2/3-Mehr 21 Stimmen.

Mitteilungen:

- Die nichtformulierte Gemeindeinitiative "Kantonsbeiträge für den Unterhalt der Gemeindestrassen in der 10 km-Zone für 40-Tonnen-Lastwagen" vom 23. Juni 1999 ist gemäss § 81c des Gesetzes über die politischen Rechte zurückgezogen worden.
- Die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion des Kantons Basel-Landschaft hat den Vertrag zwischen den Einwohnergemeinden Pratteln, Augst und Giebenach über die Führung einer Kreismusikschule genehmigt. Er tritt am 16. September 2011 in Kraft bzw. ist in Kraft getreten.

Neue parlamentarische Vorstösse:

Bis vor der Sitzung wurden folgende neue persönliche Vorstösse eingereicht.

- Interpellation der SVP-Fraktion, Rolf Hohler, betreffend "Sichere Schauenburgerstrasse" vom 18. September 2011
- Interpellation der SP-Fraktion, Kurt Lanz, betreffend "Hardstrasse West" vom 26. September 2011
- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Prüfung von Tagesstrukturen an Prattler Schulen" vom 20. September 2011

Für die Fragestunde sind 3 Fragen eingegangen, deren Antworten bereits auf dem Pult liegen.

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses:

Es gibt keine Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem vorliegenden Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2736

Teilrevision des Reglements für die Hundehaltung (Hundereglement) - 2. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates 6. Mai 2011

Der Einwohnerrat ist bereits eingetreten; das Wort zum neuen § 6 Abs. 4 ist frei.

Urs Schneider: Wir haben bereits an der letzten Sitzung den Antrag gestellt, dass man dies örtlich besser markiert. Dieser wurde das letzte Mal abgelehnt und ich stelle den Antrag noch einmal. Der Gemeinderat soll sich Gedanken machen, wo genau er das Verbot aussprechen will und nicht überall dort, wo er will.

Kurt Lanz: Der Gemeinderat wird sich schon Gedanken machen, wo er die Verbote will und wo nicht. Es ist nicht notwendig, dass diese Orte in ein Reglement kommen. Ein Festschreiben bis in diese Tiefe ist unüblich und daher gibt es hierzu nichts mehr zu sagen.

GR Ruedi Brassel: Wir haben das letzte Mal schon während der Rückweisungsdebatte beim Antrag der SVP dieselbe Auseinandersetzung geführt und es bleibt dabei, dass der Gemeinderat nicht überall solche Reglementierungen einbringen will. Der Gemeinderat will flexibel reagieren und auch etwas zurücknehmen, wenn es nicht mehr nötig sein sollte. Der Rückweisungsantrag der SVP wurde das letzte Mal mit 23 gegen 10 abgelehnt und ich hoffe, es passiert nun ähnlich. Dass der Einwohnerrat dem Gemeinderat das Vertrauen gibt, diese Regelungen ad hoc dort durchzuführen, wo sie nötig sind, aber nicht mehr und auch nicht weniger.

Urs Hess: Der Antrag lautet folgendermassen: „Der Gemeinderat kann im Gebiet Vitaparcours mittels Signalisierung eine generelle Leinenpflicht anordnen“. Dies hat nichts mit einer Rückweisung zu tun. Wir möchten dem Gemeinderat sagen: Vitaparcours. Dies ist das Gebiet, über das wir auch diskutiert haben. Ich selber habe das Vertrauen in den Gemeinderat etwas verloren, wenn ich sehe, was für Markierungen nun überall im Dorf für die Parkierung von Autos angebracht werden. Wenn den Leuten nun Parkplätze gestohlen werden, ist dies nicht wie abgemacht und daher denke ich „Wehret den Anfängen“ und wir nehmen den Vitaparcours auf, weil ich nicht glaube, dass der Gemeinderat wieder etwas zurücknimmt und ich habe einen vernünftigen Vorschlag: „Der Gemeinderat kann im Gebiet Vitaparcours mittels Signalisierung eine generelle Leinenpflicht anordnen“.

Abstimmung zum Antrag von Urs Hess, SVP

://: Der Rat lehnt den Antrag mit 8 Ja zu 19 Nein bei 4 Enthaltungen ab.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Die Teilrevision des Reglements für die Hundehaltung vom 30. Mai 2005 (Ordn. Nr. 07.05) wird gemäss Erlassentwurf verabschiedet.

Das Reglement unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 31. Oktober 2011.

Geschäft Nr. 2739

Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Roger Schneider, betreffend "Sicheres Überqueren der Oberemattstrasse für Kindergarten-Kinder"

Aktenhinweis

- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Roger Schneider, betreffend "Sicheres Überqueren der Oberemattstrasse für Kindergarten-Kinder" vom 26. 5. 2011
- Antrag des Gemeinderates vom 10. August 2011

GR Ruedi Brassel erläutert die Position des Gemeinderates: Wir haben zu diesem Postulat, das zur Überweisung ansteht, eine schriftliche Stellungnahme abgegeben. Wir sind davon ausgegangen, dass diese bereits mit den anderen Unterlagen verschickt wurde. Die Antwort liegt nun als Tischvorlage vor und soll den gemeinderätlichen Beschluss erläutern. Der Gemeinderat will das Postulat entgegen nehmen und gleichzeitig als erfüllt abschreiben. Entgegen nehmen, weil das Anliegen sicher berechtigt und prüfenswert ist wie man an der Oberemattstrasse für mehr Sicherheit sorgen kann und ob allenfalls eine Lichtsignalanlage in Frage kommt. Die Abklärungen haben ergeben, dass dafür die Voraussetzungen nicht gegeben sind. Sie finden die Details dazu in den Erwägungen der gemeinderätlichen Stellungnahme. So zeigt die Nachfrage bei der Verkehrsabteilung BL, dass eine Voraussetzung dafür ist, dass schneller als 50 km/h gefahren werden kann und die Sichtweite ungenügend ist. Dies ist in diesem Abschnitt nicht der Fall. Wir haben ältere Lichtsignalanlagen auf der Oberemattstrecke, bei denen die Sicht teilweise schlechter ist und die trotzdem vorhanden sind und zusätzliche Anlagen liegen sicher nicht drin. Vorgesehen ist von der Abteilung Bau die Einrichtung einer Kernfahrbahn. Kernfahrbahn heisst, dass auf der Seite 2 Radstreifen vorhanden sind und in der Mitte eine Verkehrsachse für die Motorfahrzeuge, was eine Verlangsamung des motorisierten Verkehrs herbei führt. Dies wird in vielen Orten der Schweiz und des Auslandes mit Erfolg praktiziert. Diese Massnahme führt zu einer Beruhigung des Verkehrs und zu mehr Sicherheit und die Einführung dieser Massnahme würde den betroffenen Kindern mehr Schutz bieten. Es gibt im Strassenverkehr keinen unumschränkten und vollständigen Schutz. Es bleibt eine wesentliche Aufgabe in der Verkehrserziehung, Kinder mit den Gefahren auf der Strasse vertraut zu machen und sie zu einem angemessenen Verhalten anzuleiten. Mit der Kernfahrbahn glauben wir, einen Schritt in die richtige Richtung zu machen. Die Realisierung kann möglicherweise noch dieses oder nächstes Jahr in Angriff genommen werden. Die notwendigen Mittel sind im Budget 2011 eingestellt. Dies die Antwort, die dazu führt, ihnen zu beantragen, dass wir das, was wir jetzt in dieser

Form geprüft haben, nicht noch einmal prüfen. Wir sind bereit, es entgegen zu nehmen; ich kann aber nicht versprechen, dass ich bei einer Aufrechthaltung des Prüfungsauftrages mehr Substanz liefern könnte und daher bitte ich um Abschreibung.

Das Büro empfiehlt Überweisung und direkte Abschreibung. Diskussion zur Überweisung

Roger Schneider: Ich danke dem Gemeinderat, dass er sich schon mit diesem Vorstoss beschäftigt und nach Lösungen gesucht hat. Wenn man Kinder im Kindergarten hat, heisst es, die Eltern sollen ihre Kinder bis maximal zu den Herbstferien auf dem Weg begleiten, bis sie den Weg gut kennen und sich sicher fühlen. Nachher können sie den Weg alleine machen. Bei der Vereinshausstrasse vor allem gibt es diverse Eltern, die ihr Kind bis ins 2. Kindergartenjahr begleiten, was ich auch machen würde. Meine eigenen Kinder waren jedoch nicht so stark betroffen, weil sie immer eine Lichtsignalanlage als Übergang hatten oder keine verkehrsreiche Strasse zu überqueren. Ich würde mein Kind auch ziemlich lange bis zum Fussgängerstreifen begleiten. In der Zeit, in der die Kinder vom Kindergarten zurück kehren, ist mehr Verkehr, weil die Leute zum Mittagessen nach Hause fahren. Die von mir verlangte Sicherung ist nicht klar deklariert. Ich habe das Beispiel einer Lichtsignalanlage erwähnt, aber es wäre auch auf eine andere Art möglich. Die vom Gemeinderat vorgeschlagene Lösung mit der Kernfahrbahn, wenn man sich in die Situation der Eltern versetzt, erhöht das Gefühl der Sicherheit nicht. Es handelt sich immer noch um einen Fussgängerstreifen ohne Mittelinsel oder schmalere Fahrbahn und vielleicht erhöht es die Gefahr sogar. Schliesslich muss der Autofahrer noch auf die Fahrradfahrer auf dem Streifen aufpassen und schaut weniger auf den Fussgängerstreifen. Andere Lösungsansätze sind Verkehrslotsen oder erhöhte Situation wie beim Schmittiplatz – eine leicht erhöhte Situation ohne Fussgängerstreifen oder ein kleines Hindernis und im luxuriösesten und wahrscheinlich teuersten Fall eine Ampel. Es geht ja unter Anderem auch darum, zu vermeiden, dass Kinder aus Sicherheitsgründen mit dem Auto herangefahren werden und dadurch das Unfallrisiko für andere Kinder erhöht wird. Ich weiss nicht, ob es vorkommt. Zu beobachten ist es beim Zweierkindergarten und auch bei Primarschulhäusern. Ich bin nicht ganz glücklich und ich hoffe, dass dieses Thema beim Gemeinderat aktuell bleibt. Wenn man die Kernfahrbahn dieses oder nächstes Jahr einführt, sollte man sich zu Herzen nehmen und überprüfen, ob sich von der Sicherheit her etwas ändert. Man könnte auch mit den Eltern direkt und dem Kindergarten reden, wie es sich mit der neuen Lösung weiter entwickelt hat.

Fredi Wiesner: Die Fraktion der SVP ist für Nichtüberweisung, weil wir schon lange ein Kernzonenreglement haben sollten und dies wäre Bestandteil davon. Es bestehen auch Pläne von ganzen Quartieren, Bahnhofstrasse, Oberemattstrasse wie der Verkehr dort in Zukunft geregelt werden soll. Darum soll dort zuerst dringend vorwärts gemacht werden, bevor man neue Sachen in Angriff nimmt. Wenn man es entgegen nimmt und gerade abschreibt, ist es sicher nicht der richtige Weg. Darum nicht überweisen und man kann später wieder mit diesem Sachverhalt kommen.

Eva Keller: Die SP-Fraktion ist für Überweisung; wir haben auch die Überlegung gemacht, dass Ampeln nicht wirklich sinnvoll sind. Es gehen ja auch an anderen Strassenteilen noch Kinder über die Strasse und man nicht alle 50m eine Ampel aufstellen oder eine Verkehrsberuhigung bauen. Darum finden wir sinnvoll, dass es der Gemeinderat als Ganzes angeschaut hat. Zu den Ampeln ist aus meiner Zeit als VCS-Schnäggi-Aktivistin noch zu sagen, dass sich Kinder oft in falscher Sicherheit wiegen. Sie schauen dann nur auf das grüne Männlein, aber nicht, ob das Fahrzeug wirklich hält. Leider konnte ich dabei auch beobachten, dass viel bei Rot durchgefahren wird. Zur Kernfahrbahn bin ich gespaltenen Meinung, ob es wirklich etwas für die Kinder bringt oder für Leute, die die Strasse überqueren. Wir müssen es aber auf diese Weise anlaufen lassen und wenn der Termin noch dieses Jahr oder anfangs nächstes Jahr ist, so ist dies sicher sinnvoll. Was machen wir bis dahin? Verkehrslotsen? Vielleicht kann man bei der Einteilung schauen, dass nicht zu viele Kinder über die Strasse müssen. Ich weiss, dass dies sehr schwer ist

und die Eltern müssen die Kinder begleiten. Es handelt sich wirklich um eine heftige Strasse. Die SP stimmt für Überweisung und Abschreibung eher zähneknirschend, weil scheinbar vorerst keine andere Lösung möglich ist.

Mario Puppato: Ich rede nicht als Fraktionspräsident der FDP, weil bei uns die Meinungen differenziert waren und Stimmfreigabe beschlossen wurde. Ich rede auch nicht als Vater von Kindergartenschülern, sondern als Grossvater. Was Roger Schneider gebracht hat, ist etwas sehr Wichtiges und ich teile seine Meinung mehrheitlich. Leider ist es so und ich sehe dies, wenn ich bei mir hinausschaue- dass eine grosse Menge von Eltern ihre Kinder nicht über die Oberemattstrasse, sondern mit dem Auto in den Kindergarten führt. Es ist penibel zum Zuschauen und ich finde es ein grosses Problem. Ich finde es fast schade, dass Roger Schneider nur die Oberemattstrasse gebracht hat; es ist ein Thema, dass wir übergreifend aufnehmen müssen. Ich war schockiert, als ich im Prattlerblättli gelesen habe, dass Mütter mit Kindern an der Schauenburgerstrasse ohne Trottoir, also eine Durchgangstrasse, die sie nicht sein sollte, hin stehen mussten. Die ganze Verkehrssicherheit ist mir persönlich ein Problem. Sicher will ich keine unnötigen Verkehrsschikanen. Den Verkehr behindern, wo es nicht nötig ist -leider sind solche Sachen in Pratteln auch passiert. Aber die neuralgischen Punkte, die für unsere Kleinsten und Ältesten kritisch sind, sollte man gesamthaft angehen. Ich begreife den Gemeinderat, wenn er sagt, wir haben gesetzlich keine anderen Möglichkeiten und eine Signalanlage ist nicht möglich. Wir müssen dies glauben. Ich möchte Alle sensibilisieren, dass man dort, wo es unbedingt nötig ist, Verbesserungen durchführt und dies nicht nur an der Oberemattstrasse, auch an der Schauenburgstrasse, eine besonders kritische Situation dort. Aber nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und den Verkehr behindern, wo es nicht nötig ist. Dies ist meine persönliche Meinung und keine Fraktionsmeinung.

Abstimmung zur Überweisung

Der Rat beschliesst mit 22 Ja zu 8 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Das Postulat Nr. 2739 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Abstimmung zur Abschreibung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Das Postulat Nr. 2739 wird als erfüllt abgeschrieben.

Urs Schneider: Eine Bemerkung zu diesem Geschäft, die nichts mit der Abstimmung zu tun hat. Zu Beginn hat GR Ruedi Brassel gesagt, er habe gemeint, die Vorlage sei verschickt und war erstaunt, dass sie erst jetzt auf dem Tisch lag. Aus dem Votum von Eva Keller hat man herausgehört, dass die SP diese Stellungnahme bereits hatte.

Mauro Pavan erwidert, dass es die Mitglieder des Büros an der Bürositzung erhielten. Die SVP ist auch mit 2 Sitzen im Büro vertreten.

Geschäft Nr. 2743

Rückzug der Gemeindeinitiative vom 9.1.1992: Kantonsbeiträge an Sekundarschulhäuser

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 8. Juni 2011

GP Beat Stingelin: Es gab eine Initiative, dass die Gemeinde Beiträge für die Sekundarschulhäuser erhalten sollten. Dies war 1991 und seither ist Einiges gegangen und die Sekundarschulhäuser gehören heute nicht mehr den Gemeinden, sondern dem Kanton und weil dazumal am 25. März 1991 der Einwohnerrat die Kompetenz nicht dem Gemeinderat gegeben hat, ist dieses Geschäft nun hier zu behandeln.

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung. Das Wort wird nicht ergriffen und es folgt die Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Der Einwohnerrat ist mit dem Rückzug der Initiative vom 9. Januar 1992 einverstanden und beauftragt den Gemeinderat, diesen dem Kanton mitzuteilen.

Geschäft Nr. 2670

Beantwortung des Postulats der SVP-Fraktion, Erich Weisskopf, betreffend "Offene Überdachung bei Abdankungskapelle verbessern"

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 22. Juni 2011

GR Rolf Wehrli: In der schriftlichen Beantwortung des Postulates ist das Wichtigste zur Verglasung und den Sitzgelegenheiten gesagt. Ich danke Erich Weisskopf, dass wir die Fragen so beantworten können und bitte sie, gemäss Antrag des Gemeinderates, der Abschreibung zuzustimmen.

Das Büro beantragt, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Erich Weisskopf: Mit Bedauern und Unverständnis, sogar mit Kopfschütteln nehme ich Kenntnis von der Beantwortung. Die Durchzugshalle soll also so weiter bestehen bleiben, wie sie heute ist und die dort Wartenden sollen weiterhin auf den Bänken im Areal des Friedhofs einen freien Platz suchen und dies sogar bei weniger schönem Wetter und auch bei Sauwetter. Hat der Gemeinderat keine Einsicht für so etwas? Es gibt doch entsprechende Verbesserungen. Daher stelle ich den Antrag auf Nichtabschreibung dieses Postulates und ich bitte den Einwohnerrat um seine Stimme dazu. Die Prattler Bevölkerung wird euch dafür sehr dankbar sein.

Rosa Calicchio: Die SP-Fraktion hat Kenntnis genommen, dass die Abdankungskapelle unter Kulturdenkmalschutz steht und darum folgen wir der Argumentation des Gemeinderates und stimmen der Abschreibung zu.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 22 Ja zu 6 Nein bei 3 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2670 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 2650

Bericht der Bau- und Planungskommission zum Geschäft "Teilrevision Zonenplan Landschaft mit Zonenreglement Mutationen Nr. 2 - 9" - 1. Lesung

Aktenhinweis

- Bericht der BPK vom 19. Juli 2011
- Ergänzung zum Bericht der BPK vom 27. August 2011

Thomas Sollberger als Präsident der BPK: Mit den Unterlagen zur heutigen Sitzung wurde auch eine Ergänzung zum Bericht der BPK vom 19. Juli 2011 zum Geschäft 2650 erhalten. Diese Ergänzung wurde nötig, weil der Gemeinderat unserem vorgezogenen Auftrag für die Gesamtrevision betreffend § 12 „Spezialzone für Materialabbau“ bereits nachgekommen ist und den Absatz b neu formuliert hat. Nachdem dieses Geschäft in der letzten Sitzung nicht behandelt wurde, hat die BPK den Vorschlag angeschaut und für nicht-optimal befunden. Mit unserem Antrag 2 im Ergänzungsbereich schlagen wir daher eine andere Formulierung vor. Weiter gehe ich an dieser Stelle auf die Gründe ein, die die BPK bewogen haben, die Mutation Nr. 4 „Spezialzone Erli“, zur Ablehnung zu empfehlen. Dass der Gemeinderat nach rund 18 Jahren wieder einen rechtskräftigen und vom Regierungsrat genehmigungsfähigen Zonenplan möchte, ist für die BPK absolut nachvollziehbar. Dank der Bestandesgarantie ist der Reitplatz weder mit einer nicht-genehmigten Spezialzone noch ohne Spezialzone in seiner Existenz gefährdet und nicht zuletzt dies hat uns bewogen, diese Mutation zur Ablehnung zu empfehlen und damit zu dokumentieren, dass der Einwohnerrat an der Zielsetzung zur Spezialzone festhält. Damit schaffen wir die Grundlage, diese Frage an der geplanten Gesamtrevision des Zonenplanes Landschaft noch einmal anzugehen und eine Lösung zu finden, die den Zielen der Spezialzone entspricht.

GR Felix Knöpfel: Der Gemeinderat ist nicht glücklich, wenn er gegen Windmühlen kämpfen muss und dies ist so ein Thema, bei dem wir uns nur einen stacheligen Kaktus holen können. Darum bitten wir, diese Zonenmutation anzunehmen. Sollte sich im Laufe der Zeit im Reitplatz etwas ändern, könnte man sich wieder eine Sonderzone vorstellen, eventuell im Bereich Erholung. So wie hier vorgeschlagen, bringt es nichts und die Unterlagen gehen nach Liestal, kommen wieder zurück und der Einwohnerrat hat auch nichts davon. Daher bitte ich, stimmt dem Antrag der BPK nicht zu, sondern der Fassung des Gemeinderates.

Weiteres Vorgehen: Lesung gemäss Inhaltsverzeichnis Reglementsentwurf vom 31. Mai 2010. Gelesen werden die Buchstaben und falls es Anträge usw. zu einzelnen §§ gibt, wird gebeten, sich beim entsprechenden Buchstaben zu melden. Die BPK-Anträge 1 und 2 werden bei der Lesung unter dem Buchstaben B berücksichtigt, weil es sich um die §§ 9 und 12 handelt.

Präsenz: Es sind nun 32 Personen des Einwohnerrates anwesend Das absolute Mehr beträgt 17, das 2/3-Mehr 22 Stimmen.

Allgemeine Voten

Mario Puppato: Es ist nicht für Alle eine einfache Materie. Wir haben in der Fraktion diskutiert und beide Meinungen gehört. Wir sind für Eintreten und die Ausführungen der BPK haben uns überzeugt. Die FDP ist nach sorgfältigem Abwägen dazu gekommen, dass die Variante der BPK unterstützt wird.

Werner Graber: Auch die SP-Fraktion ist für die Weiterbearbeitung und stimmt den Anträgen der BPK zu.

Fredi Wiesner: Auch die SVP-Fraktion stimmt dem Vorschlag der BPK zu.

Emanuel Trueb: Es zeigt sich eine gewisse Unsicherheit. GR Felix Knöpfel hat erwähnt, wenn wir den Antrag der BPK unterstützen, gäbe es Probleme mit dem Kanton. Kannst du dies bitte noch einmal ausführen.

GR Felix Knöpfel: Bereits in den Neunzigerjahren hat der Einwohnerrat dies bereits probiert und der Regierungsrat hat die Mutation nicht angenommen und die Spezialzone nicht akzeptiert. Der Regierungsrat möchte, dass es beim Alten bleibt, nämlich Landwirtschaftszone. Der Einwohnerrat hat die Spezialzone immer wieder aufgebracht und so auch heute bzw. im Frühling und wir, die Naturschutzkommission und auch der Gemeinderat, möchten dies streichen, weil wir der Meinung sind, wenn es der Regierungsrat sowieso nicht durchlässt, warum sollen wir es probieren?

Lesung

A EINLEITUNG

§ 1 bis § 3: keine Wortmeldung

B NUTZUNGSZONEN

§ 4 bis § 14: Es liegen 2 Anträge der BPK vor.

Antrag 1 zu § 9 Spezialzone Erli.

Abstimmung zum Antrag 1 der BPK

://: Der Rat stimmt dem Antrag 1 der BPK mit grossem Mehr zu.

Antrag 2 zu § 12 Spezialzone Materialabbau Abs. b.

Abstimmung zum Antrag 2 der BPK

://: Der Rat stimmt dem Antrag 2 der BPK einstimmig zu.

C SCHUTZZONEN

§ 15 bis § 22: keine Wortmeldung

D ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

§ 22a bis § 33: keine Wortmeldung

ANHANG

Werner Graber: Im Anhang I auf Seite 36 „Ruderal- und Ackerfluren“, ist unter „Ackerflur“ ein Index 2 vorhanden, der nicht existiert und daher zu streichen ist.

Urs Hess: Der Gemeinderat müsste auf die 2. Lesung parat haben, ob es dort eine Ergänzung oder eine Streichung gibt. Es handelt sich um eine redaktionelle Angelegenheit; es fehlt die Fussnote. Entweder wird diese ergänzt oder der Index kommt weg. Dies lässt sich auf die 2. Lesung machen.

Die 1. Lesung ist abgeschlossen.

Geschäft Nr. 2591

Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Gert Ruder, betr. „Langsamverkehr“

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 18. August 2011

GR Ruedi Brassel erläutert die schriftliche Antwort des Gemeinderates: Einige zusätzliche Informationen: Wir verweisen darauf, dass im September 2010 hierin eine Veranstaltung mit anschliessender Begehung statt gefunden hat, an der in der Gemeinde viele Personen zusammen mit der Metron AG unterwegs waren und die Bestandesaufnahme zur Schwachstellenanalyse erfolgte. Dies war ein bedeutender Schritt auf dem Weg zur Lösung derjenigen Probleme, die der Förderung des Langsamverkehrs, so wie es das Postulat Ruder verlangt, zusammen hängen. Die Ergebnisse dieser Studie liegen nun vor und der Gemeinderat hat beschlossen, dass in der Grössenordnung November noch dieses Jahr eine öffentliche Veranstaltung, vermutlich in der Dorfturnhalle, durchgeführt wird. Dann wird über die Ergebnis dieser Schwachstellenanalyse im Detail informiert. In der Vorlage finden sie gerippehaft die verschiedenen Kapitelüberschriften. Der Gemeinderat hat darauf verzichtet, in dieser Vorlage auf alle Punkte einzutreten, weil es den Umfang der Vorlage gesprengt hätte und dies an der öffentlichen Veranstaltung gebracht wird, zu der auch der Einwohnerrat eingeladen ist. Insofern kann ich mögliche Kritik, dass es sich um eine spröde Vorlage handle, wo noch nicht viel Fleisch am Knochen sei, durchaus akzeptieren. Wenn der Einwohnerrat der Meinung ist, man wolle die Ergebnisse der Schwachstellenanalyse abwarten und dann noch Mal eine Abschreibungsvorlage verlangen, kann man argumentieren, der Einwohnerrat wolle zuerst die Erkenntnisse im Detail zur Kenntnis nehmen. Wir werden diese Erkenntnisse bei der Veranstaltung sauber präsentieren, aber eine Vorlage werden wir nicht in Form eines dicken Buches vorlegen, sondern eine Zusammenfassung der ausführlichen Punkte und insofern haben wir mit den Ansätzen, die in der Schwachstellenanalyse aufgezeigt wurden, wo typenspezifische Schwachstellen aufgezeigt und Massnahmenpakete erarbeitet werden und worden sind und in den nächsten Jahren dem Einwohnerrat mit dem Budget oder in separater Vorlage unterbreitet werden, insofern haben wir diese Information geleistet und auch die Anforderungen erfüllt, die ans Abschreiben einer solchen Vorlage gebunden sind. Ich bitte sie, das Postulat abzuschreiben und intensiv weiter zu verfolgen, was bei der Behebung der vielen Schwachstellen bezüglich Langsamverkehr in unserem Dorf passiert und diesen Prozess förderlich zu unterstützen.

Das Büro empfiehlt das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Gert Ruder: Als Postulant und im Namen der SP-Fraktion danke ich dem Gemeinderat für die Antwort, die wir so zur Kenntnis nehmen. Ich kommentiere die Antwort. Ich sage nicht, die Antwort käme mir billig vor, aber bescheiden, und so denken auch viele von euch, ist sie auf alle Fälle. Warum? Das, was wirklich gut angefangen hat, soll nun mit diesem Abschreibungsantrag ein bescheidenes Ende haben. Dies wurde nun von GR Ruedi Brassel etwas relativiert, weil es im November eine öffentliche Veranstaltung gibt, an der wir mehr erfahren. Genau das, was gut und sehr lobenswert begonnen hat, mit der Tatsache, dass das öffentliche Mitwirkungsverfahren vor rund 1 Jahr die Schwachstellen mit einer grossen Zahl von mitwirkenden Einwohnern erarbeitet und inventarisiert hat, war der gute Teil. Auf Grund der gemeinderätlichen Antwort scheint es so, dass man die guten Geister, die man damals gerufen hat, so schnell wie möglich loswerden will. Warum dies? Warum ist der Gemeinderat nicht bereit, heute schon umfassender und am besten mit dem kompletten Bericht dieser Studie zu kommen? Wenn man schon die Bevölkerung einbezogen hat, haben die Bevölkerung und wir als Einwohnerrat als Vertreter der Bevölkerung, auch das Anrecht auf eine umfassende und komplette Antwort und nicht auf eine bescheidene Information des Gemeinderates. Die Ausführungen des Gemeinderates und GR Ruedi Brassel hat es ein wenig bestätigt, haben den Charakter eines kleinen Zwischenberichtes. Einen Zwischenbericht zu einem Postulat gibt es nicht, aber abschliessend kann dieser Bericht nicht betrachtet werden, weil ja im November noch weitere Informationen folgen und dies ist bald. Ich bitte sie und hoffe, dass auch sie die Angelegenheit Langsamverkehr nicht so oberflächlich betrachten und auch nicht der Meinung sind, man könne das Geschäft schon jetzt abschreiben. Wir nehmen zur Kenntnis, was in diesem bescheidenen Zwischenbericht vorhanden ist und warten ab, was wir im November erfahren. Ich bitte sie daher, der Abschreibung des Postulates nicht zuzustimmen.

Stephan Ackermann: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist gegen die vorzeitige Abschreibung dieses Postulates, weil es aus unserer Sicht Sinn macht, das Postulat erst abzuschreiben, wenn auch der 2. Punkt erfüllt ist, wenn wir informiert wurden und daher verstehen wir das vorgehen des Gemeinderates nicht ganz. Das Postulat wurde ja traktandiert, bevor die Informationsveranstaltung stattgefunden hat. Daher legen wir euch nahe, das Postulat noch nicht abzuschreiben und die Informationsveranstaltung abzuwarten. Wir sind dann dokumentiert, wissen auch etwas über den Zeitplan und können dann das Postulat mit gutem Gewissen abschreiben, hoffen wir.

Fredi Wiesner: Ich bin nicht derselben Meinung wie mein Vorredner. Wie wir gehört haben, sind nun die Auswertungen vorhanden. Die Bevölkerung und der Einwohnerrat werden nun über die Massnahmen orientiert und das, was bei der Studie resultiert hat. Wir sollen nun diese Veranstaltung abwarten und, wenn wir mit dem Ergebnis dort nicht einverstanden sind, noch einmal gezielt ein Postulat einreichen. Wenn dort die meisten Fragen beantwortet werden und dies genügend ist, braucht es nicht noch einmal eine Antwort auf das Postulat. Also heute abschreiben und wenn wir im November nicht einverstanden sind, ein neues Postulat einreichen.

Mario Puppato: Ich gratuliere Gert Ruder; er hat etwas bewegt und es liegt etwas auf dem Tisch und es ist etwas, das uns sehr auf dem Herzen liegt. Wir haben in der FDP-Fraktion gesagt, dass es der richtige Weg ist und gut, dass es kommt und es wurde viel gemacht. Wir sind zur Auffassung gekommen, dass wir es abschreiben können, damit es weiter geht. Wir sind in der Sache gleicher Meinung; die Differenz liegt lediglich im unterschiedlichen Vorgehen. Die Information kommt, der Gemeinderat ist auf dem richtigen Weg und was Fredi Wiesner vorher gesagt hat, dass, wenn wir nicht zufrieden sind, wieder gezielt die Schwerpunkte angreifen und damit sind wir besser dran und kommen schneller voran, als wenn wir allgemein sind. Die Richtung ist gut; das Postulat war sehr gut. Wir möchten es abschreiben und, wenn wir nicht zufrieden sind, einzelne Schwachpunkte herausnehmen. Darum sind wir für die Abschreibung.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 19 Ja zu 12 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Das Postulat Nr. 2591 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 2636

Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend "Velostation beim Bahnhof Pratteln"

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 29. Juli 2011

GR Ruedi Brassel erläutert die schriftliche Antwort des Gemeinderates: Auch diese Vorlage sieht äusserlich eher spröde und knapp aus. Im Unterschied zur vorherigen Vorlage ist es nicht so, dass die Information noch kommen wird, sondern bereits erfolgt ist. Das Postulat „Velostation beim Bahnhof Pratteln“ von Gert Ruder fordert eine Lösung für etwas, das mit dem Quartierplan Bruce Lee und der Gestaltung des Bahnhofplatzes, mit der sich die BPK zur Zeit beschäftigt, hervorragend erfüllt ist. Die Angaben im Detail werden in dieser knappen Vorlage zusammen gefasst. Die Prüfung einer unterirdischen Velostation ist erfolgt. Wir haben allerdings von einer genauen Kostenberechnung Abstand genommen, weil einerseits dies den Rahmen des Möglichen völlig gesprengt hätte und zweitens, weil wir mit der Schaffung der Grosszahl von Veloparkplätzen beim Bahnhof tatsächlich eine Lösung haben, von der wir glauben, bis auf weiteres sehr gut zu fahren. Dass es immer wieder Anpassungen und Erweiterungen geben kann, ist klar und es handelt sich nicht um eine Lösung auf Ewigkeit. Mit der Erhöhung der Veloparkplätze, die jetzt im Bereich Bahnhofplatz vorgesehen ist, können wir wirklich zufrieden sein. Problem bleibt natürlich, dass, bis der Quartierplan realisiert wird, provisorische Massnahmen geprüft werden müssen. Zeitweise ist es mit dem Velo am Bahnhof wirklich kompliziert. Roger Schneider kann dies bestätigen; ich habe ihn heute Morgen angetroffen und wir haben eine ganze Reihe von Velos, die quer gelegen sind, wieder aufgestellt. Es ist eine schwierige Situation und wir müssen von der Gemeinde aus noch etwas für ein Provisorium machen. Allerdings muss man sagen, dass die Realisierung der im Postulat vorgeschlagenen unterirdischen Velostation noch weit mehr Zeit in Anspruch nehmen würde. Ich bitte sie daher, das Postulat abzuschreiben.

Das Büro empfiehlt das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Gert Ruder: Ich versuche mich auch spröde und knapp zu halten und kurz, wie auch diese Vorlage hier ist. Im Namen der SP-Fraktion teile ich ihnen mit, dass wir feststellen mussten, dass eine Prüfung, wie hier beschrieben, zwar eingehend ist, aber ob sie seriös ist, sei dahingestellt. Auf jeden Fall muss ich erwähnen, dass wir schon einmal vor vielen Jahren einen Quartierplan hier im Rat hatten und Verbesserungen der Veloparkplatzsituation sind bis heute fast keine fest zustellen. Wir haben allerdings einen schönen Nordausgang am Bahnhof erhalten, dies ist anerkennenswert, aber wenn man gerade dort nachschaut, stellt man fest, dass diese neuen Abstellplätze schon recht gut belegt sind und dass dort zu wenige Reserven vorhanden sind. Wie auch immer der Quartierplan herauskommt, nun mit oberirdischen Abstellplätzen, wenn es auch genügend sind, dann ist es gut und im Namen der SP-Fraktion empfehle ich ihnen, das Postulat abzuschreiben. Ob es erfüllt ist, bleibt dahingestellt.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Das Postulat Nr. 2636 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 2746

Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller-Gachnang, betreffend "Rollstuhlgängig"

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 22. August 2011

GR Rolf Wehrli möchte das Postulat entgegen nehmen.

Eva Keller: Ich danke dem Gemeinderat, dass er bereit ist, mein Postulat entgegen zu nehmen und hoffe auch auf den Einwohnerrat, dies zu unterstützen. In der Schwachstellenanalyse konnten wir gerade vorher lesen, dass bei Fussgängern mit Mobilitätsproblemen oder Kinderwagen eine Absenkung des Trottoirs eine Möglichkeit wäre. Die Zustände sind in Pratteln wirklich nicht gut und wer es mit Kinderwagen oder Rollstuhl probiert, weiss es. Man muss unbedingt etwas machen und daher bitte ich euch um Überweisung, dass wir schon bald solche Stolperfallen nicht mehr haben.

Christoph Pfirter: Wir von der SVP-Fraktion sind nicht ganz dafür. Nicht, dass wir nicht wollen, dass man mit einem Rollstuhl anständig durchs Dorf laufen kann, sondern aus einem einfachen Grund: Wir haben in Geschäft 2501, das gerade vorhin bearbeitet wurde, wo in der Schwachstellenanalyse auch geschrieben steht „Hindernisse für Menschen mit Mobilitätsbehinderung beispielsweise Absenkung von Trottoirkanten“ dieses gerade in Planung ist und auch gemacht wird.

Stephan Ackermann: Es gibt im Leben verschiedene Abschnitte, bei denen man immer über die Übergänge stolpert, sei es, wie es bei mir jetzt mehrere Jahre der Fall war mit dem Kinderwagen. Und wo wir ihn jetzt hinter uns haben, kommt das kleine Velo, das schwierig ist und, wie ich jetzt im Postulat erfahren habe, geht es in ein paar Jahren weiter, indem ich den Rollstuhl meiner Eltern darüber hieven müsste und wenn ich noch weiter in die Zukunft blicke, bin ich es selber, der mit dem Rollator dort anstehen würde. So lange soll ein Missstand nicht bestehen. Wir haben vorhin die Schwachstellenanalyse angesprochen und ich bin mir ziemlich sicher, dass darin dieser Punkt angesprochen wird, weil wir an dieser Begehung ja auch dabei waren und solche Punkte festgehalten haben. Nur wissen wir noch nicht, wann diese Sachen umgesetzt werden. Wenn es ganz ungünstig gehen würde, würde es bei der Beantwortung bzw. Abschreibung des Postulates heissen, man hat es in den Massnahmenplan aufgenommen. Man kann hier vorwärts machen und muss nicht auf den Massnahmenplan warten. Daher unterstützt unsere Fraktion der Unabhängigen und Grünen das Postulat und ich hoffe sehr, dass es dort zügig angegangen wird, wo es schon bekannt ist.

Eva Keller: Es ist im Postulat 2591 erwähnt, aber dieses haben wir als erfüllt abgeschrieben und daher reiche ich ein neues Postulat ein. Ich bin ein gebranntes Kind. Ich habe vor 9 Jahren eine Interpellation für Veloparkplätze eingereicht und habe damals in Unkenntnis als Neuling verträsten lassen, es gäbe einen super Veloparkplatz – und auf diesen warten wir heute noch. Ich möchte nicht mehr 9 Jahre warten. Ich möchte einen Termin. Der Gemeinderat soll prüfen, berichten und sagen, wann es gemacht wird.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 23 Ja zu 6 Nein bei 3 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2746 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2747

Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller-Gachnang, betreffend "Flugzug-Halt in Pratteln"

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 22. August 2011

GR Felix Knöpfel erläutert die Position des Gemeinderates: Der Gemeinderat ist bereit, noch einmal vorzustossen. Es sind neue Argumente aufgetaucht und es ist immer gut, wenn der Einwohnerrat dies schriftlich äussert, dann können wir das mitgeben, wenn wir die Anfrage stellen. Der Flugzughalt ist immer ein Thema, nicht nur für Aquabasilea und das Marriotthotel, sondern auch für die Pendler. Die Frage stellt sich, wo die nötigen Stellen sind, wo wir die Frage anbringen können.

Eva Keller: Ich danke dem Gemeinderat, dass er dieses Postulat entgegennimmt. Es liegt mir am Herzen. Wir haben nun 3 Hochhäuser in Planung und so sollten wir auch Firmen anlocken und dazu müssen wir einen Anreiz bieten. Auch an gute Steuerzahler, die dort wohnen. Wenn man den Flugzug nicht hat, ist man eine Art Provinzbahnhof. Nur mit der S-Bahn ist die Umsteigezeit, sei es in Rheinfelden, eine Viertelstunde und wer dies schon gemacht hat, weiss, dass es unmöglich ist. Ich bitte euch daher um Überweisung, damit der Gemeinderat die Möglichkeit hat, gegen Windmühlen zu kämpfen, wie er heute schon erwähnt hat. Mit den Flugzughalt geben wir auch unseren Pendlern eine Chance, dass sie nicht aufs Auto umsteigen, was ich auch schon gehört habe. Es ist eminent wichtig, dass wir mindestens 1 Schnellzughalt haben. Der Gemeinderat soll noch Aquabasilea und die anderen Firmen ins Boot nehmen und auf diesen Zug aufspringen. Danke für die Unterstützung.

Urs Hess: Über diesen Zughalt haben wir schon früher diskutiert und wir hätten ihn gerne wieder. Da kann ich ruhig sagen, dass die SVP dabei ist und wir diesen Vorstoss unterstützen, damit der Gemeinderat vorstellig wird und wir wieder zu einem Schnellzughalt kommen. Wir wissen aber auch klar, dass es nicht Sache des Gemeinderates ist, den Flugzughalt einzurichten. Wir wissen auch, dass die Gemeinde nicht finanziell belangt wird, wenn der Flugzughalt da ist; dies sind Kosten, die auf den Kanton zukommen. Es ist vernünftig, wenn wir uns für den Halt eines solchen Schnellzuges einsetzen. Es muss nicht der Flugzug, es kann auch ein anderer Schnellzug sein. Die andere Seite, die man auch immer im Kopf hat, sagt, es sei gut für die Pendler. Wollen wir nun den Verkehr fördern und es müssten nun alle in Pratteln wohnen und in Zürich arbeiten? Dies ist ein falscher Anreiz, aber wenn wir Leute anlocken, die vielleicht von Pratteln nach Frick fahren oder umgekehrt, dann wäre schon gedient. Es geht nicht darum, Riesendisstanzen zurück zu legen und dies attraktiv zu machen. Es darum, dass unser Dorf attraktiver ist, wenn man einen Flugzughalt hat und darum unterstützen wir das Postulat.

Christoph Zwahlen: Die Unabhängigen und Grünen unterstützen dieses Postulat auch. Einige Ergänzungen, weil ich um die Hintergründe weiss. Die Zeit, die der Zug in Baden steht, entsteht dadurch, dass es dort Trasse-Engpässe gibt. Dies bedeutet nicht, dass ein Halt in Pratteln unmöglich ist; der Zug steht in Basel lange genug herum. Problem ist, dass dieser Zug eine eigenwirtschaftlich zu erbringende Leistung der SBB ist und darum

hat die Politik einen schwereren Stand, als wenn es ein abgeltungsberechtigter Zug wäre, der von den Kantonen bestellt und bezahlt wird. Der Aargau hat es geschafft, einen zusätzlichen Halt durchzusetzen und ebenfalls der Kanton Zürich mit einem Halt in Dietikon. Ich weiss, dass geplant ist, auch im Zusammenhang mit dem Ausbau der S-Bahn auf einen Viertelstundentakt, was nicht so leicht möglich ist, diese beiden Schnellzüge durch das Fricktal als Regioexpress zu führen und quasi als S-Bahnverdichtung an den wichtigsten Haltestellen braucht. Damit ist auch dieser Zug abgeltungsberechtigt und die Kantone bezahlen, bestellen aber auch, was sie wollen. Der Kt. BL darf hier den Moment nicht verpassen, sonst fährt der Zug nachher weiter ohne Halt im Kt. BL durch. Weil sich Liestal auf das Ergolzthal beschränkt und sie nicht merken, dass auch Leute in die andere Richtung fahren, muss man wirklich beim Kanton mit aller Vehemenz vorstellig werden und dafür sorgen, dass er sich für diesen Halt einsetzt. Dies ist die Aufgabe des Gemeinderates. Der Gemeinderat kann den Halt nicht bestellen, der Kanton muss vorstellig werden und dies eventuell im Rahmen der gesamten Planung der Linie, wo der Aargau den grössten Teil bestreiten muss. Wir unterstützen das Anliegen und wünschen dem Gemeinderat viel Energie.

Patrick Freund: Auch die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag. Wir betonen, dass es vehement im Interesse dieser Gemeinde und auch des Kantons liegt. Ich persönlich bin 8 Jahre nach Zürich gependelt. Solange es den Flugzug gegeben hat, hatte ich ein GA und habe nachher das Auto genommen. Man sieht also, was für Auswirkungen dies hat. Ich musste nicht nur umsteigen, das war kein Thema, das musste ich mit dem Flugzug auch, aber weil der Anschluss dermassen schlecht von Pratteln aus ist. Entweder muss man über Basel und braucht eine halbe Stunde länger oder man muss in Rheinfelden eine halbe Stunde warten. Dies sind die beiden Varianten. Entsprechend ist es von Interesse für den Kanton, wenn man bedenkt, dass gerade so Steuergelder geopfert werden, weil der Zug nicht genutzt wird und die Leute unter Umständen ins Fricktal ziehen. Dies ist ein Argument, das auch den Kanton interessieren sollte. Wir geben auf den Weg innerhalb des Gespräches, ob es auch noch andere interregionale Züge gibt, die von Interesse sind. Es gibt einen Zug, der von Baden direkt zum Hauptbahnhof Zürich fährt und dass man an diesen Zug von hier aus einen vernünftigen Anschluss hat. Oder in Richtung Bern über das Ergolzthal; der Kanton darf in beide Richtungen denken. Hier muss geschaut werden, ob genügend Potential vorhanden ist und ob man es nutzen will. Zur Argumentation Wagen- bzw. Zuglänge kann ich sagen: Als ich gependelt bin, gab es Haltestellen wie Dietikon, bei denen auch nicht das gesamte Gleis bedient wurde. Damals nicht wegen der Längen, sondern um die Pendlerströme auf die gesamte Länge der Komposition zu verteilen. Die Weichen sind etwas weiter draussen, als der Perron endet und hier gibt es sicher Möglichkeiten. Wenn man dies überprüfen will, kann man sich im Internet über die Komposition informieren und anhand der Anzahl Wagen die Länge ausrechnen und den Perron abschreiten. Ich bin überzeugt, es ist mehr Luft vorhanden, als benannt wurde. Wir sollten vom Gemeinderat gegenüber dem Kanton ein starkes Lobbying fordern, aber auch auf andere Gemeinde zugehen und auch bei ihnen vorstellig werden. Es gibt weiter in Pratteln genügend Firmen, die hier ihre Verwaltung und viele Gäste auch aus dem Ausland mit internationalen Flugverbindungen haben. So lässt sich zusätzlicher Druck machen und wenn Gelder gesprochen werden, ist dies das höchste der Gefühle. Schliesslich ist es ein Einzugsgebiet, das in Pratteln auf den Zug führe. Wir haben ja noch Bus- und Tramverbindungen, die ebenfalls in Pratteln auf den Zug gehen. Damit könnten auch die Muttenser diesen Zug erreichen. Ich hoffe, dass der Gemeinderat genügend Druck aufbaut und in alle Seiten und Richtungen schaut und den Kampf aufnimmt.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 2747 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2748

Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Planschbecken im Jörinpark"

Aktenhinweis

- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Planschbecken im Jörinpark" vom 22. August 2011

GR Rolf Wehrli: Wir kommen nun zur Wellness-Oase für das Vorschulalter in Pratteln, das uns der Kanton streitig machen will. Ich selber habe darin als Kind auch gebadet und der Eine oder Andere hierin auch und uns gibt es immer noch. Frage 1: Im Budget 2012, Investitionsrechnung Konto Nr. 341.501.02, ist für die Sanierung des Planschbeckens ein Betrag von CHF 105'000.00 eingestellt. Es muss eine konforme Badewasseraufbereitung eingebaut werden, so dass die hygienischen Anforderungen an Badewasser erfüllt werden. Frage 2: Das Becken steht im nächsten Sommer vorbehältlich der Budgetgenehmigung wieder für den Bade-Spass zur Verfügung. Frage 3: Das kantonale Laboratorium muss neu auch das Planschbecken im Jörinpark auf die Wasserqualität hin untersuchen. Eine Kontrolle ergab, dass die hygienischen Anforderungen nicht erfüllt sind. Wenn das Becken weiterhin für den Badespass zur Verfügung gestellt wird, ist der Einbau einer Aufbereitungsanlage notwendig. Für die restlichen Sommertage 2011 wurde mit dem Kant. Labor besprochen, dass die bisherige Handchlorierung über den Tag verteilt und das Resultat durch den Bademeister unserer Freibadanlage gemessen wird. Das Becken konnte also an den restlichen Schönwettertagen für diesen Sommer noch provisorisch gefüllt werden und nur an wenigen Tagen erfolgte dies nicht, da Versuche unbefriedigend waren. Es hat sich gezeigt, dass die bisherige Handchlorierung für die Garantierung einer ausreichenden Wasserqualität, wie sie für den Badebetrieb gefordert wird, nicht ausreicht. Die Bevölkerung wurde nicht informiert, weil das Becken an Schönwettertagen weiterbetrieben wurde, mit wenigen Ausnahmen wie erwähnt.

//: Der Rat beschliesst Diskussion.

Stephan Ackermann: Vielen Dank für die Beantwortung dieser Interpellation und auch Dank dafür, dass das Planschbecken so weiter betrieben werden konnte wie seit vielen Jahren. Die vorgestellten Auflagen haben mich sehr schockiert und auch, was eine Investition kostet. Ich hoffe, dass dieser Posten auch durch das Budget kommt und wie GR Rolf Wehrli habe ich das Planschbecken früher auch genossen. Problem war wahrscheinlich, dass wir dort als Kinder hineingepinkelt haben und dies wurde erst heute festgestellt. Dank für die Beantwortung und ich hoffe, dass wir nächstes Jahr in einem guten Trinkwasser baden können.

Die Interpellation ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2751

Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2010 - 2011

Aktenhinweis

- Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2010 – 2011 vom 30. August 2011

Der Einwohnerrat nimmt den Tätigkeitsbericht der GPK zur Kenntnis; er stimmt nicht darüber ab.

Kurt Lanz als Präsident der GPK: Sie haben den Tätigkeitsbericht der GPK vor sich und darin steht, was gesagt werden muss und daher habe ich nicht viel zu sagen.

Patrick Weisskopf: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen dankt für den Bericht. Es sind viele Punkte noch nicht abgeschlossen und so wird gezeigt, was am Laufen ist. Uns ist der Punkt „Bewirtschaftung der Verlustscheine“ aufgefallen. Dort hatten wir einen zeitlich begrenzten Einwohnerratsbeschluss und als Einwohnerrat sind wir auf Treu und Glauben darauf angewiesen, dass die Fristen eingehalten werden. Mich interessiert, wie das kollektive Gedächtnis der Gemeindeverwaltung funktioniert und so zeitlich beschränkte Geschäfte nach 2 Jahren nicht mehr weiter geführt werden und es wieder in den Courant normal zurück geht.

Stefan Löw: Die FDP-Fraktion dankt der GPK herzlich für ihre Arbeit, die vorwiegend im Hintergrund passiert. Wir wünschen der GPK viel Mut und Zuversicht auf ihren weiteren Weg.

Christian Schäublin: Auch die SVP-Fraktion dankt der GPK für ihre Arbeit und allen daran Beteiligten herzlich. Uns hat das Thema Videoüberwachung erstaunt, als wir lesen mussten, dass gerade bei der Wertstoffsammelstelle keine Videoüberwachung möglich ist. Das Datenschutzgesetz hat hier merkwürdige Früchte hervorgebracht und gerade hier könnte der wilden Abfallentsorgung mit einer Videoüberwachung ein Riegel geschoben werden. An dieser Stelle geben wir der GPK mit, im Bereich des Abfallwesens bzw. der Abfallentsorgung die Geschäfte näher zu überprüfen

Gert Ruder: Ich schliesse mich den vielen vorangegangenen Dankesworten an. Ich weiss, wie schwierig die Arbeit in der GPK ist und insbesondere einen solchen Bericht abzufassen, in dem etwas gesagt wird, aber auch nicht zu viel. Dies ist wieder gelungen und wir werden den Bericht so zur Kenntnis nehmen.

Kurt Lanz: Zur Videoüberwachung: Wenn sie ganz genau lesen, stellen sie fest, dass es dort heisst „... nicht per Video überwacht werden durften“. Zum Zeitpunkt der Untersuchung war es so und heute ist dies nicht mehr so. Darum heisst es im Bericht zusätzlich, dass man auf der Homepage der Gemeinde Pratteln - es muss öffentlich sein - tatsächlich nachschauen kann, wo die Überwachungsstellen sind und man findet heute tatsächlich die Sammelstellen. Dies darf man aber erst ganz neu und durfte es früher nicht.

Der Einwohnerrat nimmt vom vorliegenden Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2010/2011 Kenntnis.

Fragestunde

Frage 1

"Parkplätze Rütiweg"

(Rolf Hohler, SVP)

GR Ruedi Brassel: Frage 1: Brauchen die Veranstalter dieses Flohmarktes eine Bewilligung, um im Parkverbot parkieren zu lassen? Der Veranstalter braucht eine Bewilligung, die ihm jeweils vorgängig durch die Abteilung Dienste/Sicherheit erteilt wird. Frage 2: Wie ist der Verkehrsdienst an solchen Veranstaltungen geregelt? Der Verkehrsdienst muss durch den Veranstalter gestellt werden und er ist für die Einhaltung der Bewilligungsaufgaben zuständig. Unter anderem ist die Orientierung der umliegenden Firmen und Anwohner in den Bewilligungsunterlagen aufgeführt. Frage 3: Was kann unternommen werden, um an solchen Sonntagen mindestens die Zufahrten zu privaten Liegenschaften frei zu halten? Der Veranstalter des Flohmarktes wird nochmals zu einem Gespräch eingeladen und der Verkehrsdienst wird separat instruiert. So sollte es gelingen, dass die Zufahrten gewährleistet sind. Allgemein ist zu sagen, dass sowohl bei der Gemeindepolizei als auch bei der Kantonspolizei zu diesem Anlass keine Reklamationen bezüglich der parkierten Fahrzeuge eingingen. Der Veranstalter wird also noch einmal eingeladen und zur Instruktion seines Verkehrsdienstes angehalten.

Die Frage ist beantwortet.

Frage 2

"Resolution"

(Stephan Ackermann, Unabhängige Pratteln)

GR Ruedi Brassel: Die Frage lautet: Mit welchen Massnahmen setzt der Gemeinderat nun die Forderungen der Resolution um? Ich verstehe nicht, was Stephan Ackermann verlangt. Wir haben eben erst die Resolution verabschiedet bzw. der Einwohnerrat hat sie verabschiedet und der Gemeinderat hat sich, ehrlich gesagt, noch nicht damit auseinander gesetzt was man nun unmittelbar vornimmt. In der Debatte zur Überweisung und auch den TRAS-Beitritt haben wir klar gesagt, dass der Einwohnerrat sicher nicht den Entscheid des Einwohnerrates umstossen wird. Zu diesem stehen wir nach wie vor, aber sobald gehandelt werden kann, machen wir es. Man kann nicht einen Monat, nachdem die Resolution verabschiedet wurde, vom Gemeinderat erwarten, dass er die Entscheide des Einwohnerrates auf den Kopf stellt. Ich weiss nicht, ob dies die Vorstellung von Stephan Ackermann war, aber der Gemeinderat nimmt das Anliegen sehr ernst. Der Gemeinderat verfolgt die Diskussion um die Bewilligungen durchaus und wir werden, sei es in Bezug auf Fessenheim und andere AKW, durchaus etwas machen, wenn dies im Sinn der Resolution ist.

Die Frage ist beantwortet.

Frage 3

"Rechtsgleichheitswillen"

(Patrick Weisskopf, Unabhängige Pratteln)

GR Ruedi Brassel: Ich danke Patrick Weisskopf für die Einreichung dieser als Fragestunde getarnten Interpellation und bitte, solche umfangreichen Vorstösse als Interpellation einzureichen und man kann sich etwas mehr Zeit für die Beantwortung nehmen. Es fällt mir aber nicht schwer, zu diesem Zeitpunkt Antworten zu geben; diese wird etwas länger als üblich. „Rechtsgleichheitswillen“: Was auch immer für ein Substantiv dies ist. Wer zweifelt, dass der Gemeinderat die Rechtsgleichheit nicht achtet, kennt ihn nicht so gut. Wir gehen davon aus, dass alle gleich behandelt werden und strengen uns an, dies im Vollzug auch so zu machen. Frage 1: Es wurden keine Bussen ausgesprochen. Es wurde - nach diversen Ermahnungen - der für das Entfernen der Plakate entstandene

Aufwand in Rechnungen gestellt. Anzahl vier, Betrag zwischen CHF 300 und CHF 500. Frage 2: Der Vorschlag von Zonen geht am Problem vorbei. Es geht nicht um Zonen, sondern um die Einhaltung der verkehrspolizeilichen Vorschriften: Abstände von Plakaten von Fussgängerstreifen, von Kreisel, Einmündungen usw. Das sind die Probleme und hat nichts mit Zonen zu tun, sondern mit der konkreten Strassensituation. Die schweizerische Verkehrsgesetzgebung und die Signalisationsverordnung werden eingehalten und dies immer im Rahmen der 6 Wochen, die in Pratteln gegeben sind. Frage 3: Wir gehen davon aus, dass Verstösse gegen verschiedenen Reglemente wirklich gleich behandelt werden. Die Gemeindepolizei führt regelmässig Kontrollen durch, Fehlbare werden verzeigt. Es ist, dass die Mitwirkung der Bevölkerung eine gewisse Rolle spielt. D. h. Es handelt sich um Reklamationen, wo die Polizei auf Dieses und Jenes aufmerksam gemacht wird und dann wird auch von Seiten der Polizei reagiert. Insofern kann es durch solche Hinweise, die ungleichmässig auf verschiedene Bereiche verteilt sind, zu vermeintlichen Ungleichheiten und Ungleichbehandlungen kommen. Dies entspringt nicht der polizeilichen Aufsichtspraxis, sondern daher, dass die Bevölkerung unterschiedlich sensibel reagiert und entsprechend nachher Angelegenheiten verschieden intensiv zur Kenntnis gelangen. Frage 4: a: Es wurden 27 Littering resp. Abfallbussen ausgesprochen. b: Es wurden bisher keine Bussen ausgesprochen. 150 Firmen wurden betreffend Reduktion der Lichtemissionen angeschrieben. Einige wurden mittlerweile ermahnt und der nächste Schritt ist eine Verwarnung oder allfällige Verzeigung. c: In den Tempo-30-Zonen wurden diverse Kontrollen durchgeführt; und bis im Juni 20 Übertretungen festgestellt. Da die Anzahl der Übertretungen bei allen Messungen vom Jahresdurchschnitt erheblich abwich, musste festgestellt werden, dass das Radargerät defekt ist und vermutlich zu Wenige erfasst wurden. Es wurde das Evaluationsverfahren für den Ersatz des bestehenden Gerätes eingeleitet und der Einwohnerrat wird eine Vorlage für die Ersatzbeschaffung erhalten. d: Es wurden im Jahre 2011 über 200 Fahrzeughalter angeschrieben und auf die Bestimmungen des Nachtparkreglements aufmerksam gemacht und Gebührenpflichtige neu aufgenommen. Bei Nichtbezahlen werden keine Bussen erhoben sondern ein Betreibungsverfahren eingeleitet. e: Total wurden 344 Bussen im Strassenverkehr ausgestellt. Eine betraf das Telefonieren während der Fahrt.

Patrick Weisskopf: Ich danke GR Ruedi Brassel für die Beantwortung der Fragen. Kommentieren darf man dies ja nicht, aber wir haben einen guten Einblick erhalten, was in diesem Bereich alles läuft. 1. Zusatzfrage: Sind in Pratteln die fest installierten Reklametafeln der letzten Jahre regelkonform? 2. Zusatzfrage: Wie geht es nun weiter? Können die Parteien davon ausgehen, dass die jetzt hängenden Plakate regelkonform sind?

GR Ruedi Brassel: 1. Zusatzfrage: Ich gehe davon aus, dass die Plakate regelkonform sind, wie sie stehen. Falls dies nicht der Fall sein könnte in den Augen von Jemandem, kann er dies melden und wir werden den Fall prüfen. Falls Fehler passiert sein sollten, werden wir sicher auf diesen Entscheid zurück kommen. Wir wollen eine korrekte Plakatierung sowohl bei den fest installierten als auch den improvisierten. 2. Zusatzfrage: Es ging ein Schreiben an die Parteien mit der Aufforderung in den heiklen Bereichen abzuräumen. Dies ist teilweise erfolgt und teilweise wurden weitere Plakate weggeräumt. Wir werden beraten, wie dies behandelt werden soll. Wir haben nicht die Absicht, die politische Information unnötig einzuschränken. Plakate sind eine Möglichkeit, den Wahlkampf der Öffentlichkeit zu zeigen und zu dokumentieren, dass dies nun vielleicht eine besondere Zeit ist. Das Baselbiet nimmt zurzeit etwas stark das Gesicht eines Plakatkantons an. Wie sinnvoll das ist, lässt sich streiten, aber wenn es auf die Zeit vor den Wahlen beschränkt ist, lässt sich damit leben. Wir diskutieren auch Möglichkeiten, wie der Wildwuchs, den es teilweise gibt, einzuschränken ist. Wenn von Seiten vom Einwohnerrat konstruktive Vorschläge kommen, nehmen wir sie gerne entgegen.

Die Frage ist beantwortet.

Die Sitzung wird um 21.15 Uhr beendet.

Pratteln, 30. September 2011

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Philippe Doppler

Joachim Maass